

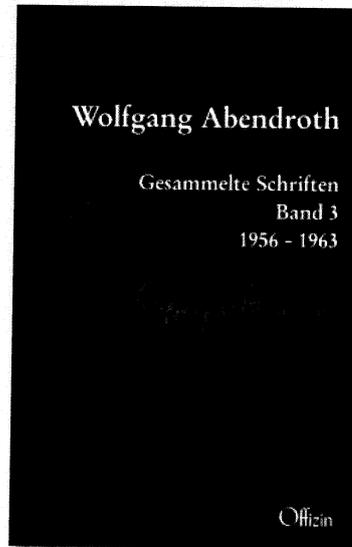
## Demokratie und Sozialismus

Wolfgang Abendroth, *Gesammelte Schriften – Band 3: 1956-1963*. Hrsg. v. Michael Buckmiller. Hannover (Offizin) 2014, 614 S., kt., 26,80 €.

„Demokratie ist ihrem Wesen nach gleichberechtigte Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben, tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten ... Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“ Das schrieb 1954 der Politikwissenschaftler *Wolfgang Abendroth* (1906-1985) in seinem Aufsatz „Sozialismus und Demokratie“ (jetzt wieder abgedruckt in *Gesammelte Schriften*, Band 2). *Abendroth*, der später das Sozialistische Büro mitgründete, war zu diesem Zeitpunkt noch SPD-Mitglied und versuchte in der Partei, die auf dem Weg zum Godesberger Programm war, marxistische Positionen gegen den Trend zur marktkonformen Volkspartei zu verteidigen. Als er sich dann in den 1960er-Jahren mit dem von der SPD ausgeschlossenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) solidarisierte, ereilte ihn selber der Parteiausschluss.

### Staatsdebatte

*Abendroth* nimmt in der Staatsdebatte der Arbeiterbewegung eine markante Position ein. Den Gegenpol bilden etwa Theorien, wie sie heute von marxistischen Theoretikern (vgl. *Peter Decker*, „Demokratie: Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“, 2013) vertreten werden, die in



der repräsentativen Demokratie die sachgemäße Form der Kapitalherrschaft sehen. Deren Argument lautet: Die demokratische Ordnung garantiert die Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer und legt mit dem Recht auf Privateigentum das Staatsziel Wirtschaftswachstum fest, zu dessen konfliktreicher Ausgestaltung sich dem Publikum frei und geheim wählbare Personalalternativen anbieten dürfen bzw. müssen. *Abendroth* hingegen stützt sich auf eine Tradition historisch-materialistischer Interpretation. Der demokratische Rechtsstaat mache zwar die Privateigentumsordnung fürs gesellschaftliche Handeln verbindlich, stelle aber darüber hinaus eine entscheidende Etappe auf dem Weg menschlicher Emanzipation dar und enthalte ein uneingelöstes Potenzial sozialer Veränderung. 1953 schrieb *Abendroth* im „Handbuch Sozialdemokratischer Politik“ zum Stichwort „Grundgesetz“ (ebenfalls in Band 2), dieses habe „die Möglichkeit zu gemeinwirtschaftlicher Veränderung der kapitalisti-

schen Wirtschaftsordnung offen gehalten.“ Dass sich die SPD dieser Aufgabe bekanntlich entzog, hat nicht verhindert, dass der Gedanke bis heute seine Bedeutung behalten hat.

Insofern kann es sich einmal lohnen, back to the roots zu gehen. Der *Offizin*-Verlag in Hannover bietet dazu Gelegenheit. Er startete 2006 eine Edition von *Abendroths* Schriften. Der erste Band präsentiert die frühen Arbeiten aus der Weimarer Republik, dem Widerstand und *Abendroths* Tätigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone. Dem folgte 2008 der zweite Band, der die Schriften zum Aufbau der Politikwissenschaft in Westdeutschland, zur Funktion der Gewerkschaften oder zum Begriff des sozialen Rechtsstaats enthält. Zum Sommer 2014 erschien der dritte Band, der u.a. *Abendroths* Auseinandersetzungen mit christ- wie sozialdemokratischen Gegnern dokumentiert. Abgedruckt ist etwa sein Gegenentwurf zum Godesberger Programm oder sein Statement zum Ausschluss des SDS. Auch gibt es Beiträge zur „politischen Erziehung“. Mit der Publikation der Gesammelten Schriften, die auf acht Bände angelegt ist, will der *Offizin*-Verlag das Denken *Abendroths* in seiner Vielfalt und mit seinem wissenschaftlichen wie praxisbezogenen Anspruch wieder zugänglich machen. Dieses sozialwissenschaftliche Erbe gewinne, so der Herausgeber *Michael Buckmiller* (Universität Hannover), durch die heute bestehende Interpretationsmacht des Neoliberalismus erneut an Aktualität.

Erledigt sind *Abendroths* Überlegungen, das zeigen die neueren Kontroversen über „Kapitalismus und/oder Demokratie“, in der Tat nicht. Natürlich blieben seine Erwartungen unerfüllt. Im Rückblick muss man sagen, dass die Hoffnung, mit dem Grundgesetz ließe sich eine antikapitalis-

tische Perspektive eröffnen – „Das GG ist keine endgültige Verfassung“, so *Abendroth* im SPD-Handbuch –, gründlich enttäuscht wurde: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern als alternativloses politisches Faktum zementiert worden. Deshalb wird heute von vielen Fachleuten ein Zustand der „Postdemokratie“ (*Colin Crouch*) diagnostiziert. Ob daran die Ermunterung zur „gleichberechtigten Teilnahme aller“ etwas ändert, ist fraglich; möglicher Weise führt die schlichte Begeisterung für Partizipation nur in eine „Mitmachfalle“ (*Thomas Wagner*). In diesem Zusammenhang können die Schriften des Politikwissenschaftlers und Widerstandskämpfers *Abendroth*, der sich unter der Adenauerregierung konsequent gegen den Zeitgeist stellte, Anregungen dazu geben, das Verhältnis von Politik und Ökonomie (wieder) fundierter zum Thema einer politisch-pädagogischen Auseinandersetzung zu machen.

Ulrich Irion

## Rechtsextremismus: Erscheinung und Erklärung

Samuel Salzborn, *Rechtsextremismus – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden (Nomos) 2014, 149 S., 17,99 €.

Samuel Salzborn, *Antisemitismus – Geschichte, Theorie, Empirie*. Baden-Baden (Nomos) 2014, 211 S., 39 €.

„Rechtsextremismus“ hat Konjunktur – sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Feld. Nun hat der Sozialwissenschaftler *Samuel Salzborn* eine knappe Einführung ins Thema vorgelegt. Sie grenzt im ersten Teil die Begriffe Neofaschismus, Neonazismus, Rechtsradikalismus,